

**NIEDERSCHRIFT**

**über die Sitzung**

**des Ausschusses für Planung und Umweltschutz**

**am Donnerstag, 26.09.2019 um 18:00 Uhr**

**Rathaus Everswinkel, Raum 7, Ausschusszimmer**

**Am Magnusplatz 30, 48351 Everswinkel**

**zu der ordnungsgemäß eingeladen wurde**

**Anwesend:**

**Stellvertretender Vorsitzender**

Thiemann, Lars

**Ratsmitglieder**

Folker, Dirk

Friedrich, Peter

Röttgermann, Klaus

Rotthege, Bernhard

Schmidt, Marc

Stelthove, Karl

Wesbuer, Bernd

in Vertretung für Ratsmitglied Wellermann

in Vertretung für Ratsmitglied Dr. Hamann

**Sachkundige Bürger**

Backes, Marcus

Lemberg, Werner

Rengers, Norman

in Vertretung für Ratsmitglied Schlüter

in Vertretung für Ratsmitglied Boekhoff

in Vertretung für Ratsmitglied Gerwing

**Beratend gem. § 58 Abs. 1 S. 11 GO NRW**

Bücker, Norbert

**Von der Verwaltung**

Haimann, Anja (Verwaltungsfachangestellte)

Reher, Norbert (Gemeindeverwaltungsrat)

Schumacher, Bernd (Dipl.-Geogr.)

Seidel, Sebastian (Bürgermeister)

zugleich als Schriftführerin

**Gast**

Hackelbusch, André

Leiter des Amtes für Umweltschutz und  
Straßenbau des Kreises Warendorf

**Es fehlten entschuldigt:**

**Ratsmitglieder**

Boekhoff, Jan  
Gerwing, Karl-Heinz  
Hamann, Wilfried Dr.  
Schlüter, Burchard  
Wellermann, Susanne

**ÖFFENTLICHE SITZUNG:**

<b>Beginn</b>	<b>18:00 Uhr</b>
<b>Ende</b>	<b>19:37 Uhr</b>

**NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG:**

<b>Beginn</b>	<b>19:38 Uhr</b>
<b>Ende</b>	<b>19:41 Uhr</b>

## TAGESORDNUNG

### A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

		Nr. der Vorlage
1.	<b>Radweg K 3 Alverskirchen - Wolbeck: Bericht des Kreises Warendorf zum Sachstand der Veloroutenkonzeption</b>	<b>065/2019</b>
2.	<b>Bebauungsplan Nr. 15 "Vitusstraße" - 27. Änderung zur Bebauung des ehem. Spielplatzes Dr.-Pöllmann-Str. und angrenzender Flächen</b>	<b>066/2019</b>
2.1.	<b>Beschluss über das Verfahren zur 23. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15 "Vitusstraße"</b>	<b>066/2019</b>
2.2.	<b>Beschluss über die Auslegung und Stellungnahme der Behörden und sonstigen Trägern</b>	<b>066/2019</b>
3.	<b>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes</b>	<b>058/2019</b>
4.	<b>Antrag der CDU Fraktion zum Anbringen von Nistkästen und zur Anlage von weiteren Blühstreifen</b>	<b>059/2019</b>
5.	<b>Bericht der Verwaltung</b>	-
5.1.	<b>Kontrakt Stadtregion Münster</b>	-
5.2.	<b>Unterschutzstellung Denkmal Mühle Bruland</b>	-
<b>Anfrage Ratsmitglied Stelthove zum Radweg Reithalle</b>		-

### B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

		Nr. der Vorlage
1.	<b>Bericht der Verwaltung</b>	-

## A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der stellvertretende Vorsitzende Thiemann die Beschlussfähigkeit fest.

### 1. **Radweg K 3 Alverskirchen - Wolbeck: Bericht des Kreises Warendorf zum Sachstand der Veloroutenkonzeption** **Vorlage: 065/2019**

Herr Hackelbusch (Leiter des Amtes für Umweltschutz und Straßenbau des Kreises Warendorf) berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand zum Radweg entlang der Kreisstraße 3 von Alverskirchen nach Wolbeck. Er gibt an, dass es Mitte/Ende Oktober die ersten Ausbesserungen entlang des Radweges geben werde. Der Radweg werde als Veloroute später eine Breite von 3 Meter haben und werde an die Höhe der Straße angepasst. Es würden Gespräche mit den Anliegern geführt, da noch ein Teil der Fläche (ca. 1 Meter) erworben werden müsse. Der Kreis Warendorf werde eng mit der Stadt Münster zusammenarbeiten. Es solle versucht werden, den Auftrag über die Kreisgrenze hinaus an ein Ingenieurbüro zu vergeben. Der Fördersatz liege bei 70%. Die Haushaltsmittel stünden im Haushalt 2021 bereit, allerdings könne über Verpflichtungsermächtigungen mit der Umsetzung bereits in 2020 (zu Lasten des Haushaltes 2021) begonnen werden. Voraussetzung sei aber der Grunderwerb.

Ratsmitglied Rotthege fragt an, ob der Radweg nicht verlegt werden könne, sodass der Abstand zur Straße größer werde, damit die Wurzelschäden nicht wieder aufträten.

Herr Hackelbusch erklärt, dass die Umlegung aufgrund des großen Flächenbedarfs schwer möglich sei. Zum Schutz der Wurzeln werde eine Wurzelsperre eingebaut.

Sachkundiger Bürger Lemberg merkt an, dass der Ankauf von einem Meter an einigen Stellen wahrscheinlich zu wenig sei, der Radweg sei jetzt schon sehr schmal.

Herr Hackelbusch erklärt, dass alle Stellen vor Ort geprüft würden. Nach Fertigstellung werde es eine genaue Vermessung geben und dementsprechend werde abgerechnet.

Ratsmitglied Stelthove möchte wissen, was mit dem Radweg Everswinkel – Alverskirchen passiere.

Herr Hackelbusch gibt an, dass sich dieser Teilbereich in einem sehr guten Zustand befinde und an dieser Stelle kurzfristig nichts stattfinden werde.

Gemeindeverwaltungsrat Reher merkt an, dass der Bereich von Everswinkel nach Alverskirchen auch als Veloroute weitergeführt werden solle. Im Fokus werde aber zunächst der Radweg zwischen Alverskirchen und Wolbeck stehen, zumal der Radweg Everswinkel-Alverskirchen erst vor kurzem komplett saniert worden sei.

Ratsmitglied Friedrich fragt an, wie die Veloroute auf der Münsteraner Seite fortgeführt werde.

Gemeindeverwaltungsrat Reher gibt an, dass die Wegeführung über Wolbeck und Gremmendorf führe.

Ratsmitglied Schmidt fragt an, ob die Veloroute auch in Richtung Warendorf (K3) fortgesetzt werde.

Bürgermeister Seidel gibt an, dass es nur um die Stadtregion Münster und die umliegenden Gemeinden gehe.

Sachkundiger Bürger Lemberg teilt mit, dass beide Abschnitte, sowohl auf der Kreisseite als auch auf der Seite der Stadt Münster sich in einem sehr katastrophalen Zustand befänden. Der Radweg auf der Münsteraner Seite sei noch schlimmer.

Ratsmitglied Stelthove fragt an, ob es ein bestimmtes Konzept für die Umsetzung der Abschnitte gebe.

Bürgermeister Seidel erläutert, dass nicht mit einem Abschnitt nach dem anderen begonnen werde, sondern es werde an vielen Stellen, wo es umsetzbar sei, angefangen, sonst würde die Maßnahme zu lange dauern.

**2. Bebauungsplan Nr. 15 "Vitusstraße" - 27. Änderung zur Bebauung des ehem. Spielplatzes Dr.-Pöllmann-Str. und angrenzender Flächen  
Vorlage: 066/2019**

Gemeindeverwaltungsrat Reher stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die 27. Änderung zur Bebauung des ehemaligen Spielplatzes Dr.-Pöllmann-Str. und der angrenzenden Flächen dar. Man befinde sich noch ganz am Anfang mit den Vorplanungen. Es gebe ein Konzept der Architektin für 3 miteinander verbundene Gebäude zum „Wohnen in Gemeinschaft“. Die Architektin habe in ihrem Konzept die Anfrage gestellt, ob die Zufahrt zur Tiefgarage auch über den gemeindlichen Parkplatz führen könne.

Ratsmitglied Wesbuer fragt an, ob in diesem Konzept auch sozialer Wohnungsbau berücksichtigt sei.

Gemeindeverwaltungsrat Reher verneint die Frage.

Ratsmitglied Stelthove gibt an, dass es in Warendorf ein ähnliches Projekt (Wohnen in Gemeinschaft) gebe, allerdings als genossenschaftlicher Wohnungsbau. Er stellt die Frage, ob das auch bei diesem Projekt denkbar sei.

Bürgermeister Seidel erklärt, dass sich alles noch in der Vorplanung befinde und dazu noch keine Aussage getroffen werden könne.

Ratsmitglied Friedrich merkt an, dass die Gemeinde den Parkplatz nicht für die Zufahrt der Tiefgarage abgeben solle. Der Parkplatz solle so beibehalten werden. Er fragt an, wie breit die Entfernungen bei der Nachverdichtung zu den Nachbargrenzen seien.

Gemeindeverwaltungsrat Reher erklärt, dass der vorgeschriebene Mindestabstand von 3 Metern überall eingehalten werde, dieser aber im bisherigen Bebauungsplan bei den bisher vorgesehenen Reihenhäusern auch bei 3 m liege.

Ratsmitglied Schmidt möchte wissen, wie es mit der Energieversorgung aussehe.

Gemeindeverwaltungsrat Reher gibt an, dass die Energieversorgung nicht im Bebauungsplan geregelt werde und es auch noch keine Feinplanung gebe.

Da einige Zuhörer anwesend sind, ergeht auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Thiemann folgender

**Beschluss:**

Der Ausschuss wird geöffnet, um den anwesenden Zuhörern das Wort zu erteilen.

**Abstimmung:** einstimmig

Ein Anlieger bemängelt die Durchführung der Änderung im beschleunigten Verfahren. Er befürchte, dass die Gemeinde dadurch machen könne, was sie wolle.

Gemeindeverwaltungsrat Reher verneint diese Annahme. Das Verfahren der Innenentwicklung sei vor einigen Jahren eingeführt worden, damit die Nachverdichtung bzw. Innenentwicklung erleichtert werde. Die Bürgerrechte würden dadurch nicht beschnitten.

Ein weiterer Anlieger erklärt, dass die Bürger/Anwohner durch den § 13a BauGB entmündigt würden, die Wohn- und Lebensqualität werde sich durch diese Nachverdichtung enorm verschlechtern.

Ratsmitglied Folker merkt an, dass alle bisherigen Verfahren auch nach § 13a BauGB durchgeführt worden seien, alle Anregungen der Bürger würden ernst genommen und geprüft.

Bürgermeister Seidel gibt an, dass jeder Bürger das Recht habe, Einwendungen zu erheben, auch bei einem beschleunigten Verfahren.

Ein Anlieger möchte wissen, warum die Anlieger nicht als erste informiert worden seien.

Bürgermeister Seidel erklärt, dass als erstes die Politik informiert werde, dann gebe es einen Aufstellungsbeschluss, dann die Anliegerbeteiligung. Das sei das normale Verfahren.

Nachdem sich keine weiteren Fragen ergeben, wird der Ausschuss wieder geschlossen.

Ratsmitglied Röttgermann gibt an, dass es ein ideales Konzept zur Nachverdichtung sei.

Ratsmitglied Folker sieht dies ebenso, das Prinzip sei ein guter Plan zur Nachverdichtung. Die Wohneinheiten mit den Gemeinschaftsräumen sehe er positiv. Allerdings solle es so geplant werden, dass die Zufahrt der Tiefgarage nicht über den gemeindlichen Parkplatz führe. Die Parkplätze solle man so erhalten.

Ratsmitglied Wesbuer findet die Nachverdichtung gut. Er bemängelt jedoch, dass bei diesem Projekt kein sozialer Wohnungsbau berücksichtigt werde. Die SPD werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Stelthove hält dieses Projekt für sehr interessant. Es sei ein Weg, um Einzelbebauung zu reduzieren.

Ratsmitglied Friedrich teilt mit, dass er die Aussagen zur Kenntnis genommen habe. Abstände und Höhen würden eine sehr große Rolle bei der Nachverdichtung spielen. Er merkt an, dass das beschleunigte Verfahren bisher immer durchgeführt worden sei und es bisher noch nie in Frage gestellt worden sei.

**2.1. Beschluss über das Verfahren zur 23. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15 "Vitusstraße"**

**1. Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gem. § 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13 a BauGB, ein Verfahren zur 27. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15 „Vitusstraße“ zur Ermöglichung einer Bebauung des ehemaligen Spielplatzes und westlich angrenzender Flächen an der Dr.-Pöllmann-Straße durchzuführen.

**Abstimmung:     9 Ja-Stimmen  
                             2 Enthaltungen**

**2.2. Beschluss über die Auslegung und Stellungnahme der Behörden und sonstigen Trägern**

**2. Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Umweltschutz empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gem. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
- Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB wird die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt.
- Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB wird den berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.

**Abstimmung:     9 Ja-Stimmen  
                             2 Enthaltungen**

**3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes  
Vorlage: 058/2019**

Ratsmitglied Stelthove stellt die Vorlage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor. Er erklärt, dass sich alle ändern müssten, es sei ein Hilferuf an die Politik. Vor 10 Jahren wäre noch nichts passiert, erst Umwelteinflüsse wie z.B. Hitzesommer, Hochwasser, Eichenprozessionsspinner müssten passieren, bevor etwas unternommen werde. Man solle sich für die Zukunft der jungen Menschen einsetzen.

Ratsmitglied Folker gibt an, dass Ratsmitglied Stelthove mit vielem Recht habe.

Man solle jedoch die Aufgaben einer Verwaltung betrachten. Seit Jahren werde so viel für den Klimaschutz in der Gemeinde Everswinkel umgesetzt (European Energy Award, ÖPNV, Gebäudesanierung...) Ein Notstand solle ein Ausnahmezustand sein. Dieser liege hier nicht vor. Die CDU werde den Antrag daher ablehnen.

Ratsmitglied Friedrich stimmt der CDU zu. Der erste Schritt sei getan, indem man sich mit diesem Thema auseinandersetze. Es könne sicher mehr gemacht werden. Die Veloroute und der Ausbau des ÖPNV seien gute Ansätze. Man müsse in kleinen Schritten denken, eventuell mit einem Klimaleitbild. Der Antrag sei mit dem Personal der Gemeinde so nicht umsetzbar und auch finanziell nicht zu leisten. Das Geld solle man lieber in weitere Klimamaßnahmen stecken.

Ratsmitglied Wesbuer gibt an, dass die SPD sich dazu noch nicht äußern möchte und sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Da die im Publikum sitzende sachkundige Bürgerin Schniggendiller sich zu Wort melden möchte, ergeht auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Thiemann folgender

**Beschluss:**

Der Ausschuss wird geöffnet, um den Zuhörern das Wort zu erteilen.

**Abstimmung:      8 Nein-Stimmen**

Damit ist der Antrag auf Öffnung des Ausschuss abgelehnt.

Ratsmitglied Folker erklärt, dass die Fraktion der Grünen einen Vertreter im Ausschuss habe, der dann die Sprecherfunktion habe und man es nicht einreißen lassen solle, weitere als Zuhörer anwesende sachkundige Bürgerinnen der Fraktion in die Diskussion einzubeziehen.

Ratsmitglied Stelthove bemängelt, dass in der Vergangenheit immer wieder Parkplätze gebaut worden seien, z.B. auf dem Magnusplatz. Es gebe immer mehr neue Baugebiete, das seien keine Maßnahmen für den Klimaschutz.

Bürgermeister Seidel merkt an, dass dieser Antrag keine konkreten Beispiele für den Klimaschutz habe. Die Aufgaben der Gemeindeverwaltung seien sehr umfangreich und das in der Resolution geforderte Berichtswesen sei mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten.

**Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN über die Resolution zur Aufrufung des Klimanotstandes wird stattgegeben

**Abstimmung:      1 Ja-Stimme  
                             8 Nein-Stimmen  
                             2 Enthaltungen**

(Damit ist der Antrag abgelehnt.)



**4. Antrag der CDU Fraktion zum Anbringen von Nistkästen und zur Anlage von weiteren Blühstreifen**  
**Vorlage: 059/2019**

Ratsmitglied Folker erläutert die Vorlage der CDU-Fraktion. In den Niederlanden gebe es einen Modellversuch zur Bekämpfung der Eichenprozessionsspinner mit dem Aufstellen von Nistkästen. Die Vögel würden ihre Nahrung umstellen und der Eichenprozessionsspinner werde dadurch reduziert. Der Hegering habe vor einiger Zeit Nistkästen gebaut und würde eventuell zur Unterstützung zur Verfügung stehen.

Durch die Blühstreifen würde sich das Ortsbild positiv prägen. Es würden zusätzliche Bereiche für Insekten geschaffen.

Ratsmitglied Stelthove gibt an, dass vor ein paar Jahren aus Kostengründen im Ortskern auf Grünflächen verzichtet worden sei, um diese durch Rasenflächen zu ersetzen.

Ratsmitglied Folker bemerkt, dass der Pflegeaufwand der Rasenbeete geringer sei. An einigen Stellen könne man bestimmt noch weitere Blühstreifen anlegen.

Ratsmitglied Bücken fragt nach, wie die Nistkästen sauber zu halten seien.

Dipl. Geogr. Schumacher gibt an, dass die Nistkästen eigentlich 2x im Jahr gesäubert werden müssten, damit diese durch die Vögel angenommen werden würden. Herr Schumacher teilt mit, dass ca. 10-12 Flächen (z.B. Königskamp, Heimathaus, Sendenhorster Straße...) durch Blühstreifen vom Bauhof angelegt worden seien. Diese Blühstreifen müssten auch gepflegt werden, eine Nachsaat werde alle 2 Jahre stattfinden. Die Räume für Blühstreifen im Ortskern seien begrenzt, man müsse auf Sichtdreiecke achten. Es sollten probeweise Nistkästen an sensiblen Bereichen aufgestellt werden, wie z.B. Schulen und Spielplätzen.

Ratsmitglied Folker erklärt, dass es eine sehr tolle Idee sei. Zur Unterstützung wäre eventuell der Hegering bereit.

Sachkundiger Bürger Lemberg teilt mit, dass die Männergemeinschaft Alverskirchen einmal im Jahr ein Vater-Kind Projekt habe. Der Bau von Nistkästen sei eine gute Idee.

Sachkundiger Bürger Rengers möchte, dass die probeweise Aufstellung der Nistkästen auch im Bereich des Sportpark Wester aufgenommen werde. Die Eichen im Sportpark Wester seien sehr betroffen gewesen.

Ratsmitglied Friedrich merkt an, dass die Wiese vor dem Sportplatz attraktiver gestaltet werden könnte, indem man dort z.B. am Rand Blühstreifen anlege.

Dipl. Geogr. Schumacher bemerkt, dass dort immer die Bundesjugendspiele der Schulen stattfinden würden und die Wiese auch als Parkplatz benötigt werde.

Ratsmitglied Stelthove teilt mit, dass er für den Antrag der CDU sei, allerdings gibt er zu bedenken, dass in den neuen Baugebieten sehr viel zugestraftet werde und dort nicht mehr auf die Begrünung geachtet werde.

Aus der Diskussion heraus schlägt Bürgermeister Seidel vor, das Anbringen von Nistkästen auf die „sensiblen Orte“ zu beziehen und den 2. Teil des Beschlusses dahingehend abzuändern, dass „weiterhin“ Blühstreifen angelegt werden sollen.

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, an gemeindeeigenen Bäumen (vorwiegend in den Ortslagen) an sensiblen Orten wie z.B. Schulen, Spielplätze, Sportplätze Nistkästen anzubringen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf gemeindeeigenen Flächen in den Ortslagen (z.B. die Randstreifen an den Ortseingangsstraßen) weiterhin Blühstreifen anzulegen.

**Abstimmung: einstimmig**

## **5. Bericht der Verwaltung**

### **5.1. Kontrakt Stadtregion Münster**

Bürgermeister Seidel berichtet über die Beiratszusammenstellung der Stadtregion Münster. Es liege ein neuer Entwurf vor. Demnach werde es 7 Mitglieder aus dem Rat Münster und jeweils 3 Mitglieder aus den Umlandgemeinden geben. Der Beirat umfasse dann insgesamt 40 Mitglieder. Hierzu werde es demnächst eine neue Beschlussvorlage geben.

### **5.2. Unterschutzstellung Denkmal Mühle Bruland**

Bürgermeister Seidel berichtet, dass die Mühle Bruland als Denkmal eingetragen worden sei. Der Eigentümer sehe dieses positiv und stehe auch einer Besichtigung durch den Ausschuss offen gegenüber.

### **Anfrage des Ratsmitgliedes Stelthove zum Radweg Reithalle**

Ratsmitglied Stelthove bemängelt den Zustand des Radweges an der Reithalle in Richtung Sportpark Wester entlang der Lindenallee. Der Weg sei sehr schlecht zu befahren. Er fragt an, ob dort etwas vorgesehen sei.

Bürgermeister Seidel erklärt, dass noch keine konkreten Planungen vorlägen und der Radweg bei der nächsten Besichtigungstour durch den Bau- und Vergabeausschuss angesehen werden könne